

zu einer Gemeinschaftlichkeit in diesem Punkte kommen lassen. Handel und Verkehr leiden in den deutschen Bundesstaaten offenbar unter den Schwierigkeiten, mit welchen die Geltendmachung von Forderungen noch vielfach verbunden ist, wenn Gläubiger und Schuldner verschiedenen Staaten angehören, und es wäre zu wünschen, daß in dieser Beziehung über den Gerichtsstand und über die Vollziehbarkeit rechtskräftiger Urtheile eine allgemeine Gesetzgebung zustande käme. Vorgeschlagen wird noch speciell, daß die Commission, welche mit der Entwerfung eines Handelsgesetzbuchs beauftragt werden soll, zugleich auch zu einer Berichterstattung über diesen Gegenstand zu veranlassen wäre. Die weiteren Vorschläge der bairischen Regierung beziehen sich noch auf die Herstellung eines allgemeinen Heimats- und Ansässigmachungsgesetzes und auf die Regulirung der Auswanderung. Aus den verschiedenen Heimats- und Ansässigmachungsgesetzen der deutschen Bundesstaaten ergeben sich für die Unterthanen oft die größten Belästigungen und für die Regierungen Schwierigkeiten mancher Art. Es liegt darum nicht minder im Interesse der Regierungen selbst als in dem der Unterthanen, daß die betreffenden Verhältnisse den Bedürfnissen der Zeit entsprechend endlich einmal regulirt werden. Ein Anfang dazu ist bereits gemacht durch den sogenannten Gothaer Vertrag. Zu wünschen wäre aber, daß nicht nur dessen Bestimmungen für ganz Deutschland zur Gültigkeit kämen, sondern daß auch die Gesetze über die Heimat und Ansässigmachung innerhalb des gesammten Bundes mehr in Einklang gebracht werden könnten. Was den Gothaer Vertrag insbesondere betrifft, so hat sich die Bundesversammlung mit demselben früher schon beschäftigt und an die einzelnen Bundesregierungen die Anfrage gerichtet, ob sie demselben beitreten wollen. Auf diese Anfrage ist indessen von mehreren Regierungen die Antwort bis heute noch nicht erfolgt. Hoffentlich wird eine solche Verschleppung bei der nunmehrigen neuen Behandlung des Gegenstandes nicht mehr vorkommen; denn wenn die Reaction auch noch so sehr blüht, so ist die vorläufige Zeit doch nun einmal vorbei und die Regierungen müssen einsehen gelernt haben, daß es nicht mehr angeht, die nationalen Bedürfnisse der Nation über die Achsel anzusehen und deren Befriedigung, in materieller Beziehung wenigstens, im Geiste der alten Zeit auf die lange Bank hinauszuschieben. Was die Auswanderung betrifft, so ist eine Regulirung derselben bekanntlich ebenfalls schon seit Jahren als ein Bedürfnis anerkannt worden. Die Frage ist freilich, ob die speciellen Vorschläge, die hier gemacht werden, auch in der That zutreffend sind; indessen kommt es, zunächst wenigstens, nicht sowohl hierauf als vielmehr darauf an, daß der Gegenstand überhaupt in Behandlung genommen wird. Durch die Behandlung wird sich auch schon das Zutreffende herausstellen. Das ist nun, das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch eingeschlossen, die Summe der bairischen Vorschläge. Ihre Verwirklichung würde ein ungeheurer Schritt vorwärts sein in der innern Einigung des deutschen Volks, und sie verdienen darum umso mehr die lebhafteste Unterstützung aller Freunde des Vaterlandes, als sie, nach der von der bairischen Regierung kundgegebenen Absicht, nicht die Grenze Dessen bilden sollen, was geschehen soll, sondern nur ein Anfang sein sollen zu Dem, was überhaupt geschehen könnte. Unter solchen Umständen kann es natürlich nur angenehm sein, wenn man hört, daß die Aussichten auf eine Verwirklichung dieser Vorschläge sich in der letzten Zeit wieder merklich gehoben haben. Früher waren diese Aussichten minder gut; vielleicht hat die Forderung Oesterreichs nach einer Bundesreform auf dem politischen Felde zu diesem Umschwunge mit beigetragen. Diese Forderung Oesterreichs soll, wie es heißt, demnächst wieder neu aufs Tapet gebracht werden.

* **Berlin**, 5. Juni. Der russische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Fürst Gortschakow, hat sich gestern Abend von hier nach Wien begeben. Wie man hört, sind die Angaben und Vermuthungen, welche an dessen hiesige Anwesenheit in Bezug auf die Stellung Rußlands und Preußens in politischer Beziehung geknüpft worden sind, ohne thatsächliche Anhaltspunkte. Besondere Verhandlungen und Verabredungen haben nicht stattgefunden. — In auffälliger Weise werden in Bezug auf Griechenland in der europäischen Presse die unbegründeten Angaben und Gerüchte verbreitet. Als ein solches falsches Gerücht wird von unterrichteter Seite namentlich die Mittheilung in mehreren Blättern bezeichnet, als ob man in Athen an höchster Stelle damit umgehe, die Verfassung Griechenlands über den Haufen zu werfen. Wie man in hiesigen diplomatischen Kreisen andeuten hört, ist diese Behauptung geradezu der Wahrheit und dem wirklichen Verhalt der Dinge entgegen.

— Die „Zeit“ betont, daß der Besuch des Kaisers von Rußland in Berlin durchaus nicht den Sinn einer Demonstration gegen die Tripleallianz vom 15. April habe, sowie daß der gleichzeitige Besuch deutscher Fürsten in Berlin in den verwandtschaftlichen Beziehungen derselben zum russischen Kaiserhause seine einfache Erklärung finde.

— Das berliner Correspondenz-Bureau vom 5. Juni sagt: „In der vorigen Woche ist in der Sundzollangelegenheit eine officielle Mittheilung aus Kopenhagen hier eingetroffen, welche die Hoffnungen auf eine gütliche Ausgleichung belebt zu haben scheint. Man glaubt, daß, abgesehen von den Verhältnissen Dänemarks zu Nordamerika in dieser Frage, die Verhandlungen schon in den nächsten Tagen in Kopenhagen wiederaufgenommen werden dürfen. — Unter den Anträgen, welche für die bevorstehende Zollconferenz in Eisenach vorbereitet werden, bezieht sich einer auf eine schon längst als nothwendig erkannte Modification der Grundsätze über den Zollcredit.“

Baiern. † **München**, 4. Juni. Aufgehoben ist nicht aufgehoben, es ist kein Friede, sondern nur ein Waffenstillstand, man ist nicht zufried-

gestellt, man wartet nur ab, schrieb ich Ihnen seinerzeit, als von den Anforderungen unserer kirchlichen Partei und von gewissen Zugeständnissen der Regierung viel die Rede war. Die Sprache und Agitation der betreffenden Presse konnte das fortwährend bestätigen. Heute aber finden wir in einer münchener Correspondenz der von der Partei gut bedienten Augsburger Postzeitung die merkwürdige Aeußerung, daß, „wollten die Katholiken Baierns die alten Rechte ihrer Kirche zurückfordern, um damit einen fest conservativen, monarchischen Thron zu schirmen“, die Revolutionäre, Freimaurer u. sich in gefährlicher Weise geberden könnten, und daß daher „es der Verantwortlichkeit unsers klugen und frommgesinnten Episcopats anheimgegeben werden müsse, ob und wann es an der Zeit sei, mit Ernst die Verbesserung unserer kirchlichen Zustände in politischer Beziehung zu verlangen“. Interessant ist, wie bei dieser Gelegenheit Dr. Stahl in Berlin, ein früherer Bundesgenosse, der aber kürzlich ein Concordat wie das österreichische für Baiern unmöglich nannte, tractirt wird. „Stahl“, sagt die fragliche münchener Correspondenz, „ist schon gerichtet von allen Denen, die in seinen allerdings meist geistreichen Büchern sich überzeugt haben, wie nahe dieser getaufte Jude der Wahrheit gekommen ist, und wie er sich mit allen Eigenschaften, die seiner Nation ankleben, abmüdet, als königlich preussischer Hoftheolog und Rechtslehrer der Wahrheit gegenüber dem preussischen System oder dem protestantischen „Majestätsrecht“ dienstbarer Knecht zu bleiben.“ Daß gleichzeitig die „Fremden“ schlecht wegkommen, ist natürlich und nicht neu. Doch überrascht uns die Wendung: „Es waren die glorreichsten Tage Baierns, jene, als ein Maximilian für den katholischen Glauben gegen die Fremden das gute Recht verteidigt hat, unbekümmert um Lob oder Tadel der Fremden, dem schlichten Glauben seiner erhabenen katholischen Ahnen treu, und treu dem Kaiser, dem Retter Deutschlands.“ Diese Zusammenstellung der „fremden Bürde“ mit Gustav Adolf und seinen Schweden ist denn doch etwas stark, wenn solche Taktik gleich im System liegt. — In dem neuesten Referat des Professors Edel über die Gerichtsorganisation ist namentlich die Erklärung bemerkenswerth, daß seine persönliche Ansicht dahin gegangen sei, die Organisationsfrage zu vertragen und einen tiefergreifenden Organisationsplan für die Justizverwaltung aller Instanzen, mit gänzlicher Trennung der Justiz von der Verwaltung, abzuwarten; daß jedoch der Ausschuss in dem gegenwärtigen Entwurfe den Keim zu weiterer Entwicklung erblicken zu müssen glaubt und bei der Mangelhaftigkeit des jetzigen Zustandes auch Abschlagszahlungen für annehmbar gehalten habe. Ueber den Regierungsentwurf selbst fällt Hr. Edel das charakteristische Urtheil, daß er alle Principienfragen möglichst umschiffe. Er habe nicht die Befürchtungen des vorigen zurückgezogenen, aber auch nur ein geringes Maß von Hoffnungen erzeugt. — Dieses Jahr brachte uns, im Gegensatz zu gewissen Belleitaten des Jahres 1849, eine neue Art von Festen: Die fünfzigjährige Erinnerungsfest der Uebergang von preussischer zu bairischer Landeshoheit. Nachdem das etwas in Ungunst stehende Fürth, das zu diesem Landtage nur demokratisch gewählt, vorangegangen, konnten natürlich auch andere Städte nicht zurückbleiben. Der Wille war gut, nicht so war der Geschmack. So z. B. ist in einem Festbericht aus dem hofpensegeneten Spalt (vordem bischöflich) zu lesen: „Gut war unterm Krummstab leben, Unser Hirt war fromm und mild; Selnes Volkes redlich Streben Schirmte Preußens fester Schild. Doch weit mehr als Preußens Nar Gab uns Baierns Leu' fürwahr.“

Baden. **Karlsruhe**, 2. Juni. Der von dem preussischen Standgericht zu Rastatt im Jahre 1849 zu zehnjähriger Zuchthausstrafe verurtheilte frühere Kriegsschüler Valentin Blind, während der Revolution Commandeur der 6. Artilleriebatterie, ist vor wenigen Tagen, nachdem er seine Strafzeit in siebenjähriger Einzelhaft (gleich zehn Jahren Zuchthaus) in Bruchsal abgehüft, nach seiner Vaterstadt Mannheim zurückgekehrt und begibt sich von da zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in das Bad Nauheim.

Aus dem Oberamt Pforzheim, 3. Juni. In einem Ort unseres Oberamtsbezirks haben die Lutheraner unlängst die in unserm Lande eingeführten Religionslehrbücher verbrannt, wie man vernimmt, auf den Rath der betreffenden Geistlichen selbst, angeblich, damit mit diesen Büchern kein Mißbrauch getrieben werde. Weitere Beispiele religiöser Verirrungen, die mit Vorgängen verbunden waren, welche näher zu beschreiben der Anstand verbietet, sollen in einem andern Orte des Bezirks vorgekommen sein, wo überhaupt die extreme Richtung, in welche manche dortige Einwohner, namentlich Frauen, gerathen sind, schon eine Reihe ehelicher Zerwürfnisse zur Folge gehabt haben. (Schw. M.)

Thüringische Staaten. Der Weser-Zeitung schreibt man aus Koburg vom 2. Juni: „Aeußerm Vernehmen nach ist von Seiten des hiesigen Justizcollegiums die Frage ins Auge gefaßt worden, ob nicht gegen Dr. H. Fischer nochmals eine Anklage zu erheben sei. Derselbe hat nämlich in der Vertheidigungsschrift, welche er infolge seiner Verurtheilung und gegen den von der königsberger Juristenfacultät gefällten Spruch abgefaßt hat, abermals sich einer so maßlosen Sprache beileistet und den hiesigen Behörden so gravirende Aeußerungen entgegengeschleudert, daß es in der That, wie versichert wird, geradezu als Pflicht derselben erkannt werden dürfte, ihre Würde und Stellung gegen die unbezähmbare Leidenschaftlichkeit des streitbaren alten Mannes zu vertheidigen und zu wahren. Wenn die Fama nicht lügt, so ist die erwähnte Vertheidigungsschrift auch nicht arm an recht netten Malicen, wegen deren eine Klage schwerlich wird erhoben werden können, sowie an mancherlei Curiositäten. Aus der Reihe der letztern wird namentlich eins hervorgehoben, welches allerdings ganz ge-

eignet
Ernst
an S
burg
Lippe
auszu

gendet

1856

desse
wol en
neunter

herbes
einen V
Urtheil

zu ber
der die
fung in
meinten

rakter
Die M
land v
Händer

indem
rungen

daß an
Deutsch
fann n

dieses
elnige
Souver

sind, d
wieber
Vorsich

Hoffnu
Kur bl
her sol

Artifel

Dersel

Fremd

mitneh

schwach

Von s

sten vo

Englan

vom W

nicht g

Corresp

den, v

ihre S

unser

Schwe

unsere

können

Besig

Die 7

Wint

Garant

Staats

Schwer

schüße

Palmer

aber w
zu dür
bauend
gegenz
großen
kräftig
trefflich
überhän
ben, so
fremder
— W
gende
in Be
Friedh
halt di
gewesen
mungen
in der
lage be
Streit
dinaria
die An
die Fri
Katholi
jedem
Gemein